

# Staatsquote in Baden-Württemberg

Berthold Fischer

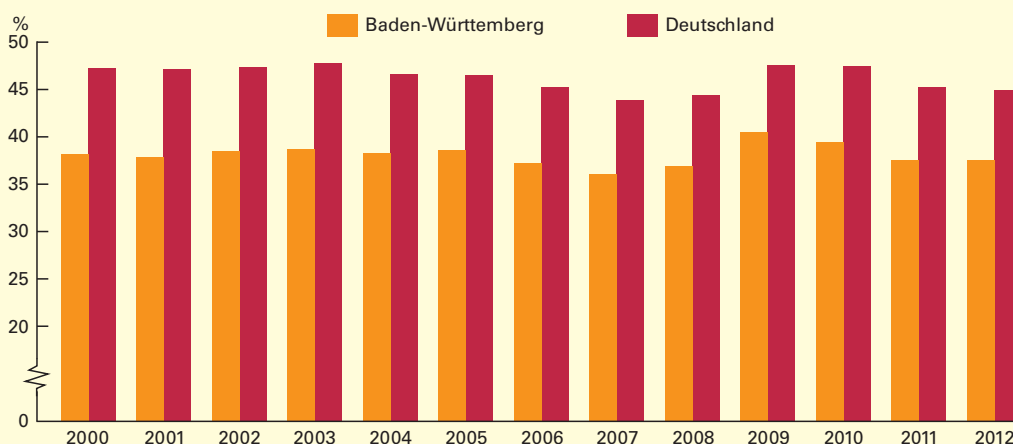
Dipl.-Volkswirt Dr. Berthold Fischer ist Leiter des Referats „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

**Die Staatsquote ist ein gängiger Indikator, um den Umfang und die Intensität staatlicher Aktivitäten im Wirtschaftsgeschehen zu messen. Dabei werden die gesamten Ausgaben des Staates zum Bruttoinlandsprodukt, dem umfassenden Maß für die wirtschaftlichen Leistungen, ins Verhältnis gesetzt. Im Gegensatz zu den im Statistischen Bundesamt durchgeführten nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören die für diese Berechnung notwendigen Staatsausgaben jedoch nicht zum Repertoire des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL), sodass sich der vorliegende Beitrag auf eine Eigenberechnung des Statistischen Landesamtes stützt. Demnach war die Staatsausgabenquote in Baden-Württemberg mit zuletzt 37,2 % deutlich geringer als in Deutschland (44,2 %). Unter ordnungspolitischen Aspekten wird eine niedrigere Staatsquote eher günstiger bewertet.**

wechselseitigen Gefüge der Güter-, Verteilungs- und finanziellen Transaktionen des Wirtschaftskreislaufs. Nach den Definitionen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) umfasst der Sektor Staat zum einen institutionelle Einheiten, die zu den Nichtmarktproduzenten zählen und die sich mit Zwangsabgaben (zum Beispiel Steuern) von Einheiten anderer Sektoren finanzieren. Zum anderen gehören dazu institutionelle Einheiten, die hauptsächlich Einkommen und Vermögen mittels Transferzahlungen (zum Beispiel Steuern, Sozialbeiträge und Sozialleistungen) umverteilen. Nichtmarktproduktion heißt, dass die vom Staat hergestellten Güter den Einheiten anderer Sektoren unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen<sup>2</sup> zur Verfügung gestellt werden. Bei der Nichtmarktproduktion des Staates handelt es sich um die gesamte Palette öffentlicher Leistungen, die der Gesellschaft entweder zum Individualkonsum (Bildung, Gesundheit, Freizeit, Sport und Kultur) oder zum Kollektivkonsum (wie allgemeine öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Umweltschutz) bereitstehen. In der sektoren-

Der Staat ist neben den Unternehmen<sup>1</sup> und privaten Haushalten ein zentraler Akteur im

## S1 Staatsausgabenquote in Baden-Württemberg und Deutschland 2000 bis 2012\*)



\*) Ohne die Erlöse aus der Veräußerung von UMTS-Lizenzen in den Jahren 2000 und 2010. Nach den Konzepten der VGR wirken diese Erlöse ausgaben senkend.

Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015.

Datenquellen: Arbeitskreis VGRdL, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

1 In der Terminologie des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen handelt es sich hierbei vor allem um die nicht-finanziellen und finanziellen Kapitalgesellschaften. Siehe Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 2010, Luxemburg 2014, S. 29 ff.

2 Wirtschaftlich nicht signifikante Preise bedeutet, dass weniger als 50 % der Produktionskosten durch Verkaufserlöse über einen aussagefähigen Mehrjahreszeitraum gedeckt sind.

ralen Untergliederung werden je nach der territorialen Zuständigkeit die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder und Gemeinden/ Gemeindeverbände unterschieden. Zum Staat gehört ferner die Sozialversicherung.

### Abgrenzung der Staatsausgaben

Bei der Staatsquote werden üblicherweise die gesamten Ausgaben des Staates auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen. Bereits in einer eigenen EU-Verordnung<sup>3</sup> des Jahres 2000 ist festgelegt, welche Ausgabenarten zu den Staatsausgaben nach VGR-Konzept zu zählen sind. Zudem wird im neuen ESVG 2010 den Ausgaben des Staates ein eigener Abschnitt<sup>4</sup> gewidmet. Insofern hat sich mit dem ESVG 2010 eine inhaltliche Aktualisierung der genannten früheren EU-Verordnung ergeben.

Die Staatsausgaben nach dem ESVG umfassen die konsumbezogenen Ausgaben wie das Arbeitnehmerentgelt für die Staatsbediensteten und die (am Markt gekauften) sozialen Sachleistungen, die monetären Sozialleistungen wie Renten, Pensionen und Arbeitslosengeld, die Bruttoinvestitionen wie Infrastruktureinrichtungen sowie Forschung und Entwicklung, die Subventionen zur Unterstützung bestimmter Wirtschaftsbereiche und Regionen, die Zinszahlungen für Staatsschulden, die sonstigen laufenden Transfers wie die Abführung von Eigenmitteln an die EU sowie Vermögens-transfers wie Investitionszuschüsse und Übertragungen im Zuge der Bankenrettung und -stabilisierung. Insofern wird mit der Staats(ausgaben)quote das gesamte Spektrum staatlicher Aktivitäten im Wirtschaftskreislauf aus dem Blickwinkel der Ausgabenseite erfasst. Das wertmäßige Pendant zu den Ausgaben sind die Einnahmen des Staates, die im Wesentlichen auf den Steuern und Sozialbeiträgen basieren. Falls sich zwischen den Ausgaben und Einnahmen ein Finanzierungsdefizit einstellt, wird es durch Kredite geschlossen.

### Berechnungsmethode für die regionale Staatsquote

Die Datenquelle für die Staatsausgaben auf der nationalen Ebene sind die vom Statistischen Bundesamt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erstellten Tabellen des Staates mit dem differenzierten Nachweis der Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Finanzierungssaldos des Gesamtstaates und dessen Teilsektoren. Dabei speisen sich die Tabellen des Staates aus Einzelpositionen des für den Staat geführten Kontensystems. So entstam-

men die Vorleistungen dem Produktionskonto, das Arbeitnehmerentgelt dem Einkommensentstehungskonto, die monetären Sozialleistungen dem Konto der sekundären Einkommensverteilung und die Bruttoinvestitionen dem Sachvermögensänderungskonto des Staates.<sup>5</sup> Maßgebend für die Berechnung der Staatsquote auf Bundesebene ist die konsolidierte Ausgaben-Einnahmen-Tabelle für den Staat, in der sich die Ströme zwischen den Teilsektoren des Staates gegenseitig aufheben.

Allerdings steht seitens des Arbeitskreises VGRdL für die Bundesländer ein derart umfassendes und in sich geschlossenes Konten- und Tabellensystem, gegliedert nach den volkswirtschaftlichen Sektoren, nicht zur Verfügung, sodass für die Berechnung der Staatsausgaben in Baden-Württemberg nach einem anderen Lösungsweg gesucht werden musste. In den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist es anerkannte Praxis, sich im Fall von Datenlücken der Schlüsselungstechnik bzw. der Top-down-Methode zu bedienen. Das heißt, dass der Bundeseckwert proportional zu einer geeigneten Schlüsselgröße auf das jeweilige Bundesland herunter gebrochen wird. Dazu wählt man eine Schlüsselgröße, bei der a priori von einem engen Zusammenhang zwischen dem zu berechnenden Aggregat und dem Schlüssel ausgegangen werden kann.

Die Schlüsselgrößen für die Ableitung der baden-württembergischen Staatsausgaben sind in der nachstehenden *Übersicht* zusammengefasst. Ausgangspunkt der Berechnungen waren die entsprechenden Bundeseckwerte für die einzelnen Ausgabenkategorien aus den oben erwähnten konsolidierten Staatstabellen. Im abschließenden Rechengang wurden die so für Baden-Württemberg pro Referenzjahr erzeugten verschiedenen Ausgabenwerte zu den gesamten Staatsausgaben zusammengefasst und als Staatsquote zum jeweiligen nominalen Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis gesetzt.

Diese Methode schließt an die bereits im Jahr 2009 vorgestellte Eigenberechnung an.<sup>6</sup> Allerdings mussten die Schlüsselgrößen von damals grundlegend überprüft werden, nachdem zwischenzeitlich zwei Generalrevisionen die VGR erheblich verändert haben. So erfolgte im Rahmen der großen Revision 2011 die Umstellung der VGR auf die neue NACE Rev. 2<sup>7</sup> bzw. WZ 2008<sup>8</sup>, die auch zu einem anderen WZ-Code staatlicher Aktivitäten führte. Des Weiteren wurde im Zuge der Revision 2011 zur Qualitätssicherung der Staatskonten ein Verfahren zur Re-Integration ausgelagerter Einheiten in den Staatssektor neu eingeführt, zumal sich durch

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ESVG 1995) im Hinblick auf die Ausgaben und Einnahmen des Staates.

<sup>4</sup> ESVG 2010, S. 496 f.

<sup>5</sup> Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, 2013, erschienen am 02.12.2014, Tab. 3.4.3.2 ff.

<sup>6</sup> Fischer, Berthold: Wie viel Staat? in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2009, S. 38 ff.

<sup>7</sup> Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Rev. 2.

<sup>8</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

**Ü**

**Berechnungsmethode für die Staatsausgaben in Baden-Württemberg**

<b>Staatsausgaben Eckwerte der nationalen VGR<sup>1)</sup></b>	<b>Anteil an den Gesamtausgaben des Staates lt. nationaler VGR 2012 in %</b>	<b>Schlüsselgrößen Länderebene</b>
<p><b>Konsumbezogene Ausgaben</b></p> <p>Umfassen die Vorleistungen, das Arbeitnehmerentgelt, die sonstigen Produktionsabgaben und die sozialen Sachleistungen (gekaufte Marktproduktion), die im Wesentlichen die Konsumausgaben des Staates bestimmen.</p>	45,7%	Konsumausgaben des Staates <sup>2)</sup>
<p><b>Monetäre Sozialleistungen</b></p> <p>Umfassen zum Beispiel Renten, Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.</p>	35,4%	Empfangene monetäre Sozialleistungen der privaten Haushalte abzüglich der Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen <sup>2)</sup>
<p><b>Vermögenseinkommen (geleistete)</b></p> <p>Entsprechen im Wesentlichen den Zinsen auf öffentliche Schulden.</p> <p>Vermögenseinkommen des Bundes und der Sozialversicherung</p> <p>Vermögenseinkommen Länder und Gemeinden</p>	5,2%	Einwohner <sup>3)</sup>
<p><b>Sonstige laufende Transfers</b></p> <p>Umfassen zum Beispiel Beiträge des Staates an internationale Organisationen (ausgenommen die von Mitgliedstaaten an supranationale Organisationen gezahlten Steuern), Katastrophenhilfen an andere Staaten, Zahlungen im Rahmen der auf dem Bruttonationaleinkommen und der Mehrwertsteuer basierenden dritten und vierten Eigenmittelquelle der EU.</p>	4,5%	Einwohner <sup>3)</sup>
<p><b>Vermögenstransfers</b></p> <p>Investitionszuschüsse</p> <p>Sonstige Vermögenstransfers</p> <p>Die sonstigen Vermögenstransfers umfassen zum Beispiel Entschädigungszahlungen für den Verlust oder die Beschädigung von Anlagegütern infolge Naturkatastrophen, Übertragungen an nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften zur Deckung von außerordentlichen Verlusten außerhalb der Verantwortlichkeit von Unternehmen, Übertragungen im Zuge der Bankenrettung und -stabilisierung.</p>	2,3%	Investitionen Neue Anlagen ohne Wirtschaftsbereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (WZ 84) sowie Erziehung und Unterricht (WZ 85) <sup>2)</sup>
<p><b>Bruttoinvestitionen</b></p> <p>Umfassen im Wesentlichen Bauten, Ausrüstungen (einschließlich militärischer Waffensysteme) und sonstige Anlagen (Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, Urheberrechte, Suchbohrungen sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen) sowie Vorratsveränderungen.</p>	5,1%	Investitionen Neue Anlagen der Wirtschaftsbereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (WZ 84) sowie Erziehung und Unterricht WZ (85) <sup>2)</sup>
<p><b>Subventionen<sup>5)</sup></b></p> <p>Umfassen zum Beispiel Import- und Exportsubventionen, Subventionen auf die Lohnsumme oder für Beschäftigte, Zinszuschüsse.</p>	2,0%	Subventionen <sup>2)</sup>
<p><b>Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern</b></p> <p>Umfasst zum Beispiel den Nettozugang an natürlichen Ressourcen (Grund und Boden, Bodenschätze, Funkspektren etc.) und den Nettozugang an Nutzungsrechten (Fangquoten, Emissionsrechte, Lizenzen etc.)</p>	- 0,1%	Einwohner <sup>3)</sup>

1) Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4, 2013. – 2) Datenquelle: Arbeitskreis VGRdL, Berechnungsstand November 2014/Februar 2015. – 3) Angaben zu den Einwohnern aus der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987. – 4) Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Finanzstatistik. – 5) Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

**T** Struktur der Staatsausgaben in Baden-Württemberg und Deutschland 2000 bis 2012

Jahr	Konsum- bezogene Ausgaben <sup>1)</sup>	Monetäre Sozial- leistungen	Vermögens- einkommen (geleistete)	Sonstige laufende Transfers	Vermögens- transfers	Brutto- investitionen	Subventionen <sup>2)</sup>	Nettozugang an nicht- produzierten Vermögens- gütern <sup>3)</sup>
<b>Baden-Württemberg</b>								
2000	42,9	35,2	6,4	4,6	3,5	4,7	2,8	-0,2
2001	42,9	35,3	6,0	4,2	4,2	4,9	2,7	-0,1
2002	43,0	36,0	5,9	3,9	4,2	4,6	2,5	-0,1
2003	42,9	36,7	5,8	4,2	4,1	4,3	2,3	-0,1
2004	43,2	37,4	5,7	4,0	4,0	3,7	2,2	-0,1
2005	43,6	37,1	5,6	4,2	3,9	3,5	2,2	-0,1
2006	43,9	36,4	5,9	4,1	3,5	4,2	2,1	-0,1
2007	44,6	35,8	5,7	4,2	3,3	4,3	2,1	-0,1
2008	44,8	34,8	5,5	4,4	4,0	4,7	2,0	-0,1
2009	45,1	35,3	4,9	4,1	3,4	4,7	2,7	-0,1
2010	44,5	34,0	4,7	4,4	5,7	4,5	2,3	-0,1
2011	46,5	33,9	5,1	4,5	3,1	4,8	2,2	-0,1
2012	47,0	33,7	5,0	4,7	2,8	5,0	1,9	-0,1
<b>Deutschland</b>								
2000	40,7	37,1	6,7	4,3	3,1	4,9	3,4	-0,1
2001	40,8	37,5	6,4	3,9	3,5	4,9	3,1	-0,1
2002	41,1	38,1	6,2	3,7	3,4	4,7	2,9	-0,1
2003	41,0	38,6	6,1	3,8	3,4	4,5	2,7	-0,1
2004	41,1	39,1	6,1	3,7	3,2	4,3	2,5	-0,1
2005	41,5	38,9	6,0	3,9	3,3	4,0	2,4	-0,1
2006	42,1	38,4	6,1	3,9	2,9	4,4	2,4	-0,1
2007	42,9	37,5	6,3	4,0	2,8	4,4	2,3	-0,1
2008	43,2	36,4	6,2	4,2	3,4	4,6	2,2	-0,1
2009	43,6	36,6	5,6	3,9	2,8	4,8	2,8	-0,1
2010	43,1	35,3	5,2	4,2	5,1	4,8	2,4	-0,1
2011	45,0	35,3	5,6	4,3	2,6	5,1	2,3	-0,1
2012	45,7	35,4	5,2	4,5	2,3	5,1	2,0	-0,1

1) Diese Ausgaben umfassen die Vorleistungen, das Arbeitnehmerentgelt, die sonstigen Produktionsabgaben und die sozialen Sachleistungen (gekauftete Marktproduktion), die im Wesentlichen die Konsumausgaben des Staates bestimmen. – 2) Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren. – 3) Ohne die Erlöse aus der Veräußerung von UMTS-Lizenzen in den Jahren 2000 und 2010. Nach den Konzepten der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.  
Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015.  
Datenquellen: Arbeitskreis VGRdL, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

die Auslagerung vielfach die ökonomische Funktion oder die Finanzierungsgrundlage dieser Einheiten nicht ändert.<sup>9</sup>

Die Generalrevision 2014 diente hauptsächlich dazu, das ESVG 2010 zu implementieren. Dessen konzeptionell und quantitativ bedeutendste Neuerung betrifft die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die nicht mehr als laufender Aufwand, sondern jetzt als Investitionen zu verbuchen sind. Auch die militärischen Waffensysteme sind neuerdings als Investitionen zu behandeln. Im Hinblick auf die sektorale Abgrenzung ist von Bedeutung, dass im neuen ESVG die quantitativen und qualitativen Kriterien für die Zuordnung von Einheiten zum Staat weiter präzisiert wurden.<sup>10</sup>

Noch auf Folgendes sei hingewiesen: Bei dem gewählten Berechnungsverfahren für die baden-württembergische Staatsquote werden neben den Leistungen der Teilspektoren Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung auch die Aktivitäten des Teilspektors Bund auf Baden-Württemberg regionalisiert. Dies ist geradezu zwingend, weil ja der Zentralstaat kein imaginäres Gebilde ist, sondern mit seinem Handeln stets auch einen regionalen Bezug hat. So kommen einerseits seine Dienstleistungen wie Verteidigungsausgaben den Einwohnern aller Bundesländer zugute, andererseits betreibt er Infrastruktureinrichtungen (zum Beispiel Autobahnen, Bundesstraßen) in der Fläche und hat seine Dienststellen (zum Beispiel Bundesverfassungsgericht, Zollämter,

**9** Räch, Norbert und Braakmann, Albert sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 für den Zeitraum 1991 bis 2010, in: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt, September 2011, S. 825 ff.

**10** Räch, Norbert und Braakmann, Albert sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014, in: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt, September 2014, S. 502 ff.

Bundespolizeidirektionen) auf die Länder verteilt. Immerhin entfielen auf den Bund im Jahr 2012 ähnlich wie in den Vorjahren deutschlandweit rund 13 % des vom gesamten Staat geleisteten Arbeitnehmerentgelts. Das größte Gewicht hatten die Länder mit gut 53 %, gefolgt von den Gemeinden mit rund 25 % und der Sozialversicherung mit gut 9 %. Von dieser Verteilung können jedoch die Gewichtungsstrukturen der einzelnen Ausgabenkategorien je nach Aufgabenstellung der Teilsektoren des Staates erheblich abweichen. So entfiel das Gros der monetären Sozialleistungen mit rund 70 % naturgemäß auf die Sozialversicherung, während der Anteil der anderen staatlichen Teilsektoren nur zwischen 6 % und 13 % lag.

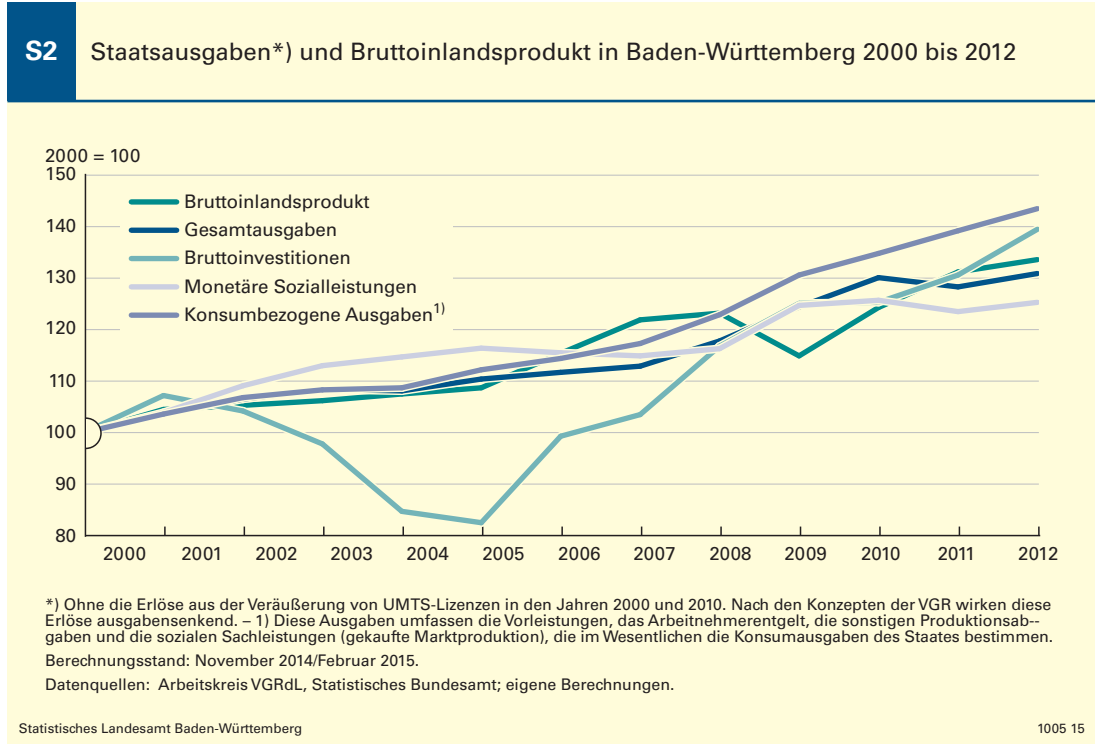
**Staatsquote in Baden-Württemberg geringer als im Bundesdurchschnitt**

In Baden-Württemberg belief sich die entsprechend dem oben aufgeführten Verfahren berechnete Staatsquote 2012<sup>11</sup> auf 37,2 %. Damit war hierzulande der Einfluss des Staates auf den Wirtschaftskreislauf deutlich geringer ausgeprägt als in Gesamtdeutschland mit einer Quote von 44,2 %. Im gesamten Untersuchungszeitraum 2000 bis 2012 konnte Baden-Württemberg ein günstigeres Ergebnis als das Bundesgebiet aufweisen (*Schaubild 1*). Gleichzeitig fällt auf, dass sich in diesem Zeitraum weder in Baden-Württemberg noch in Deutschland bei der Staatsquote ein einheitlicher Trend abzeichnet. Die höhere Staatsquote in den Jahren 2009/2010 dürfte sich vor

allem durch die damals aufgelegten staatlichen Konjunkturprogramme und Maßnahmen zur Bankenrettung während der Wirtschafts- und Finanzkrise erklären lassen.<sup>12</sup>

Hauptbestandteil der Staatsausgaben sind die konsumbezogenen Ausgaben, deren Höhe bei Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände hauptsächlich vom Arbeitnehmerentgelt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestimmt wird. Sie erbringen die kollektiv oder individuell konsumierbaren Dienstleistungen des Staates. Bei 47 % der Gesamtausgaben des Staates in Baden-Württemberg handelte es sich im Jahr 2012 um konsumbezogene Ausgaben (*Tabelle*). Den zweitgrößten Posten mit einem Ausgabenanteil von fast 34 % stellten die monetären Sozialleistungen dar. In Deutschland hatten die Sozialtransfers im gesamten Untersuchungszeitraum durchgängig ein größeres Gewicht, was vor allem auf die im Vergleich zu Baden-Württemberg deutlich höhere Arbeitslosenquote, die stärkere Inanspruchnahme von sozialer Mindestsicherung und ungünstigere Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen sein dürfte.

Bemerkenswert ist das Verhältnis der (geleisteten) Vermögenseinkommen, das heißt der Zinslasten, zu den Bruttoinvestitionen des Staates. Bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurde in Baden-Württemberg wie in Deutschland deutlich mehr für Zinsen als für Investitionen ausgegeben. Allmählich gleichen sich die Positionen an und in Baden-Württemberg haben im Jahr 2012



11 Aufgrund der am aktuellen Rand eingeschränkten Datenverfügbarkeit in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konnte bis zum Redaktionsschluss des vorliegenden Beitrags die Berechnung der Staatsquote nur bis zum Jahr 2012 durchgeführt werden.

12 Hinzu kam der drastische Einbruch des nominalen Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs 2009 gegenüber 2008 um – 6,8 %. 2010 gegenüber 2009 nahm es um 8,2 % zu, sodass das Vorkrisenniveau wieder gut erreicht war.

die Bruttoinvestitionen die Schuldzinsen sogar schon leicht übertroffen. Zum einen dürfte diese Entwicklung auch von den derzeit sehr niedrigen Kreditzinsen auf den Kapitalmärkten herrühren. Zum anderen führt das Ansteuern der für die Länder ab 2020 verbindlichen Nettokreditaufnahme von Null, wie sie durch die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse vorgesehen ist, zu einer Begrenzung der Verschuldung und damit der Zinslast des Staates. Der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben des Staates schrumpfte in Baden-Württemberg im Zeitraum 2000 bis 2012 nahezu kontinuierlich von 6,4 % auf 5 %. Auch der Anteil der Subventionen ist hierzulande ähnlich wie im Bundestrend zurückgegangen, und zwar von 2,8 % in 2000 auf 1,9 % in 2012.

### Konsumbezogene Ausgaben und Investitionen expandieren überdurchschnittlich

Die Gesamtausgaben des Staates sind in Baden-Württemberg 2012 gegenüber 2000 um fast 31 % gewachsen (Schaubild 2). Dabei wiesen die konsumbezogenen Ausgaben mit einem Plus von rund 44 % den stärksten Zuwachs auf, gefolgt von den Bruttoinvestitionen, die um fast 40 % zulegten. Dagegen nahmen die monetären Sozialleistungen, der zweitgrößte Ausgabenposten, nur um rund 25 % zu.

Im Bundesdurchschnitt ergab sich bei den gesamten Staatsausgaben 2012 gegenüber 2000 mit einem Plus von gut 22 % ein deutlich geringerer Zuwachs als in Baden-Württemberg.

Auch in Deutschland war mit nahezu 37 % bei den konsumbezogenen Ausgaben der kräftigste Anstieg festzustellen. Überdurchschnittlich entwickelten sich des Weiteren die Bruttoinvestitionen, die ein Plus von gut 26 % verzeichneten.

Die Dominanz der konsumtiven Staatsausgaben ist im Land wie im Bund unverkennbar. Wenn auch dem Begriff „Konsum“ nicht gerade selten ein etwas negativer Nimbus anhaftet, so darf nicht übersehen werden, dass sich hinter diesen Staatsausgaben eine Fülle von Leistungen wie zur öffentlichen Ordnung und Sicherheit nach rechtsstaatlichen Prinzipien, weiterhin Leistungen für Bildung, Kultur, Gesundheits- und Umweltschutz verbergen, ohne die weder eine moderne, marktwirtschaftlich geprägte Wirtschaft noch eine offene, auf nachhaltige Entwicklungen bedachte Gesellschaft vorstellbar wären. Insofern hätten auch die konsumtiven Staatsausgaben im Hinblick auf ihre Relevanz für die Zukunftsfähigkeit eines Landes zumindest in Teilen, allem voran die Bildung, eine Kapitalisierung verdient. Wie bereits erwähnt, wurde im neuen ESG der herkömmliche Investitions- und Vermögensbegriff allerdings nur um Forschung und Entwicklung sowie militärische Waffensysteme erweitert. ■

Weitere Auskünfte erteilt  
Dr. Berthold Fischer, Telefon 0711/641-24 70,  
[Berthold.Fischer@stala.bwl.de](mailto:Berthold.Fischer@stala.bwl.de)

## kurz notiert ...

### Baden-Württemberg vor der Landtagswahl 2016

Am 13. März 2016 findet die Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg statt. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl veröffentlicht das Statistische Landesamt wichtige Vergleichs- und Strukturdaten in kompakter Form.

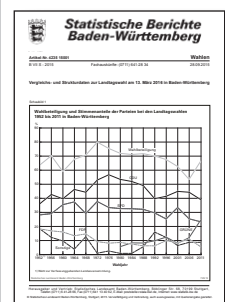
- Ergebnisse zurückliegender Wahlen nach Wahlkreisen zur Landtagswahl 2011
- Welche Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen bzw. jüngeren und älteren Wählern wurden bei der Landtagswahl 2011 festgestellt?
- Wie sind die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Wahlkreisen der Landtagswahl 2016?
- Einteilung des Landes in Wahlkreise für den Landtag am 13. März 2016

Diese und weitere Fakten können dem Statistischen Bericht „Vergleichs- und Strukturdaten zur Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg“ entnommen werden.

Abgerundet wird der Statistische Bericht durch einige Schaubilder. Diese enthalten unter anderem Informationen zu den Stimmenanteilen der im Landtag vertretenen Parteien und der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2011.

Einen kompakten Überblick zurückliegender Wahlen bietet auch das neu aufgelegte Falblatt „Wahlen in Baden-Württemberg“.

Der Statistische Bericht sowie das Falblatt stehen im Internet unter [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) zum kostenlosen Download bereit.



Artikel-Nr.: 4235 15001



Artikel-Nr.: 8038 15012